

Waffenruhe am Schießstand

Nach langem und zähem Ringen haben sich der Verein „Hubertus“ und die Bürgerinitiative „Forstenrieder Park ohne Schießanlage“ auf einen Kompromiss geeinigt. Die Anwohner stimmten aber nur unter der Bedingung zu, dass ihre Forderungen im künftigen Pachtvertrag für das Gelände verankert werden.

VON BRIGITTA WENNINGER

Es war eine wahrlich schwere Geburt. Monatlang wurde wie berichtet teils erbittert diskutiert. So auch in der Februarsitzung des für den Fors-

tenrieder Park zuständigen Bezirksausschusses 19. Der Verein erklärte damals, er wolle keine neue Planung plus Antrag finanzieren, solange unsicher sei, ob die Bayerischen Staatsforsten den 2015 auslaufenden Pachtvertrag überhaupt verlängern. Die Bayerischen Staatsforsten wiederum hatten zuvor signalisiert, Voraussetzung für eine Verlängerung sei ein Konsens zwischen Schützen und Anwohnern. Doch genau der war damals noch nicht in Sicht. Auch die Mehrheit des Bezirksausschusses verweigerte zunächst eine wohlwollende Stellungnahme.

Nachdem der Anwalt der Schützen, Benno Ziegler, nun zusicherte, die Forderungen



Der Name „Hubertus“ sorgte monatlang für Streit. Die Anwohner wollten keinen Ausbau der Schießanlage. KRUSE

gen der Anwohner im Pachtvertrag zu verankern, lenkte die Bürgerinitiative „Forstenrieder Park ohne Schießanlage“ ein. Damit hat der Verein Hubertus, der seine Anlage

umbauen will, endlich Planungssicherheit.

Auch der Bezirksausschuss (BA) erteilte seinen Segen – gegen die Stimmen der Grünen, die einen eigenen, detail-

lierteren Antrag vorgelegt hatten. Nun befürwortet der BA unter bestimmten „gerichtsüberprüfbareren Bedingungen“ eine Verlängerung des Pachtvertrages. Das Gremium fordert, unter anderem folgende Punkte rechtsverbindlich in den Vertrag aufzunehmen: Die Schießzeiten und die Zahl der Jägerprüfungen bleiben im bisherigen Umfang. An der Waterloostraße werden die für reine Wohngebiete vorgeschriebenen Grenzwerte der „Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (TA Lärm) eingehalten. Der Kugelstand wird eingehaust, die Trap- und Skeetanlage mit Schallschutzmuscheln versehen. Verankert werden soll zudem die Verpflichtung zur gesetzlich vorgeschriebenen

Sanierung der Anlage sowie zu einem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren – diesmal mit Beteiligung der Öffentlichkeit.

CSU-Stadtrat Michael Kuffer bezeichnete das Ergebnis als Meilenstein. Während die Schützen sich freuten, reagierten die Anwohner verhalten. Nachdem sie von ihrer Forderung nach einer fugendichten Einhausung abgerückt sind, wollen sie nun genau darauf achten, ob ihre übrigen Interessen berücksichtigt werden. Auch der BA will das weitere Verfahren im Auge behalten. „Vieles ist in der Vergangenheit nicht gut gelaufen“, räumte der Anwalt des Vereins ein. „Aber das soll sich ändern.“